

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Egon Lutz MdB kommentiert die jüngsten Arbeitsmarktzahlen.

Seite 1/3

Hans de With MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, stellt Überlegungen zum öffentlichen Ansehen der Justiz an.

Seite 4/5

Erhard Eppler MdL, Präsidiumsmitglied der SPD, setzt sich mit der Kritik an seinem Energie-szenarium auseinander.

Seite 6/8

34. Jahrgang / 146

2. August 1979

Flaute auf dem Arbeitsmarkt

Bemerkungen zu den Arbeitslosenzahlen im Juli

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Im Juli steigen regelmäßig die Arbeitslosenzahlen. Auch der eben ausgeählte Monat macht da keine Ausnahme. Der Kündigungstermin zum Quartalsende wirkt sich aus, die Schulentlassenen machen sich bemerkbar und der Ferienbeginn in den meisten Bundesländern drückt auf die Statistik. So ist es denn kein Wunder, daß die Erbsenzähler der Bundesanstalt für Arbeit wieder eine Zunahme an Stellungssuchenden um 43.414 oder 22,2 Prozent zu verzeichnen haben. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt wieder bei 803.653, die Quote ist auf 3,5 Prozent geklettert, doch im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich die tatsächlich verbesserte Situation: Im Juli 1978 waren 118.577 Arbeitslose mehr zu beklagen gewesen.

Die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit verkünden, daß die Kurzarbeiterzahlen (registriert wurden 33.424) den niedrigsten Stand seit zwanzig Jahren erreicht haben.

Wieder sind es bedauerlicherweise die Frauen, die von der saisonalen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt besonders betroffen wurden. 23.666 weibliche Arbeitslose wurden im Juli mehr gezählt, 453.313 Arbeitnehmerinnen suchen eine Beschäftigung, das sind 5,2 Prozent aller weiblichen Erwerbstätigen. Bei den Männern hielt sich der Zuwachs mit 16.514 dagegen in bescheideneren Grenzen. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Männer stieg auf 350.340, die Quote liegt bei 2,5 Prozent. Auch der Vorjahresvergleich zeigt die immer noch vorhandene Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt: Gegenüber dem Juli 1978 stehen 78.593 Männer, aber nur 39.984 mehr in Beschäftigung. Dagegen ist überraschend die Zahl der teilzeitarbeitslosen Frauen im letzten Monat nur unwesentlich

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 100-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

um 993 auf nunmehr 165.173 gestiegen. Leider ist aber auf diesem Gebiet das Arbeitsstellenangebot nach wie vor nahezu trostlos zu nennen.

Einen kräftigen Ruck nach oben (im Berichtsmonat um 12.139 oder 21,5 Prozent machte auch die Zahl der registrierten arbeitslosen Jugendlichen. 68.502 wurden im Juli gezählt, die Arbeitslosigkeit liegt allerdings mit 3,2 Prozent unter dem Durchschnitt, und der Vorjahresvergleich zeigt die insgesamt verbesserte Situation: Damals wurden 17.382 arbeitslose Jugendliche unter 20 Jahren mehr registriert. Erfahrungsgemäß ist hier im August noch einmal mit einer Steigerung zu rechnen, der allerdings dann wieder ein relativ rascher Abbau folgen dürfte.

Gleiches läßt sich von den arbeitslosen Schwerbehinderten und den älteren Arbeitnehmern leider nicht behaupten. 61.923 Schwerbehinderte fragten im Juli vergeblich um eine Arbeit nach. Das sind 1.454 mehr als noch im Vormonat und 7.690 mehr als im Vorjahr. Sicher verdunkelt die Tatsache, daß 1979 erheblich mehr Schwerbehinderte insgesamt erfaßt wurden, die Statistik. Trotzdem ist es eine ernste Mahnung an die Beschäftigten, sich auch der Gehandicapten anzunehmen und ihnen eine Beschäftigungschance zu eröffnen. Wer sich nur um die Leistungstüchtigsten kümmert, läßt alles Gerede von der sozialen Verpflichtung der Unternehmer zu hohlem Geschwätz erstarren. Auch die Zahl der Arbeitslosen über 59 Jahre ist kräftig angestiegen, nämlich um 1.661 auf 60.490, das sind 10.454 mehr als im Vorjahr. Und das in einer Gruppe, in der neue Beschäftigungsmöglichkeiten praktisch nicht mehr vorhanden sind. Das Arbeitsleben endet für diesen Personenkreis in Arbeitslosigkeit, sie dämmern in das vorgezogene Altersruhegeld hinüber. Sicher, für viele wird dieser Übergang mit betrieblichen Sozialplänen abgedeckt. Wenn man aber registrieren muß, daß immer mehr Arbeitnehmer mit 57 Jahren in das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe geschickt werden, dann wird es hoch an der Zeit, sich die Frage vorzulegen, ob ein solcher Ausleseprozeß noch verantwortet werden kann. Auch der ältere Mensch muß in unserer Gesellschaft eine Chance haben. Ihn vorzeitig zum alten Eisen zu erklären, ist inhuman und zeigt die miserable Grundeinstellung unserer Leistungsgesellschaft zum schwächeren Mitmenschen.

Nach Branchen aufgegliedert zeigt die Statistik, daß die Lage auf dem Bausektor unver-



ändert erfreulich ist. 16.500 arbeitslosen Bauarbeitern (8.800 weniger als im Vorjahr) stehen 32.600 offene Stellen gegenüber. Die Nachfrage nach Fachkräften auf dem Bau ist unverändert stürmisch und nicht zu befriedigen. Hier zeigen sich die Folgen der zurückhaltenden Ausbildungspolitik der Bauwirtschaft in den vergangenen Jahren. Hoffentlich hat man daraus für die Zukunft die entsprechenden Schlüsse gezogen. Im Metallbereich stieg die Arbeitslosigkeit unwesentlich an. 108.600 Stellungssuchende wurden registriert, immerhin 24.900 weniger als noch vor einem Jahr. Bei den Warenkaufleuten und im Bereich der Büro- und Verwaltungsberufe gab es ein kräftiges Ansteigen der Arbeitslosen. Die Juli-Statistik erfaßt die zum Quartalsende Juni 1979 ausgeschiedenen Arbeitnehmer. Auch hier ist gegenüber dem Vorjahr aber eine Verbesserung festzustellen: Damals suchten noch 28.400 Angestellte mehr ergebnislos eine Beschäftigung.

Die Sommerpause auf dem Arbeitsmarkt ist keine Überraschung. Sie ist nicht bedrohlich, aber sie kann auch keine Freude bereiten. Bei noch immer erfreulichen konjunkturellen Aspekten verfestigt sich der Sockel an Arbeitslosigkeit. Wollen wir hoffen, daß das neue Arbeitsförderungsgesetz, das am 1. August in Kraft getreten ist, zu einer weiteren Verbesserung der Situation führt. Einen grundlegenden Wandel kann aber auch dieses Gesetz nicht bewirken. Es fehlt noch immer an ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt: Die Unqualifizierten, die Frauen, die Leistungsgeminderten tragen die Hauptlast dieses Mangels. Ihre Lage hat sich leider nicht nur nicht verbessert, sie ist noch ein Quentchen schwieriger geworden.

(-/2.8.1979/ks/ca)

+ + +



So groß wie nie zuvor

Das Ansehen der Justiz in der Bevölkerung

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz

Wir leben in einer Zeit, die viel hält von Meinungsumfragen. Auch der 30. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war für das Bundespresseamt Anlaß, in einer breit angelegten Untersuchung Einstellungen und Meinungen der Bundesbürger zu erforschen. Man fragte auch nach der Einschätzung der Justiz und der Richter. Das Ergebnis: Auf die Frage, ob man zur deutschen Justiz und zu den deutschen Richtern volles Vertrauen haben könne, antworteten 40 Prozent der Befragten mit "Ja". 26 Prozent stellten sich auf einen "Teils-teils"-Standpunkt, unentschieden waren sechs Prozent, 26 Prozent antworteten: Kein volles Vertrauen.

Wie ist dieses Ergebnis zu werten? Zunächst mag ein Anteil von nur 40 Prozent für "volles Vertrauen" niedrig erscheinen. Das Bild ändert sich, wenn man den langjährigen Trend zum Vergleich heranzieht. Im Jahre 1964 mochten sich lediglich 26 Prozent der Befragten zu der Aussage durchringen, sie hätten volles Vertrauen. Seither hat das Vertrauen in die Justiz stetig zugenommen: 1974 lag die Zustimmung bei 32 Prozent, 1975 bei 34 Prozent und nun, 1978, hat sie 40 Prozent erreicht. Der Anteil der Unentschiedenen ist von 16 Prozent im Jahre 1964 auf sechs Prozent im Jahre 1978 gesunken. Dagegen ist der Anteil derer, die kein volles Vertrauen hatten, oder sich zu einem "teils-teils" bekannten, mit Schwankungen zwischen 28 Prozent und 26 Prozent beziehungsweise 30 Prozent und 28 Prozent ziemlich stabil geblieben.

Dieses Ergebnis kann zwar gewiß noch besser werden, aber ein Grund zur Unzufriedenheit liegt nicht vor. Im Gegenteil: Die Stetigkeit des Vertrauensgewinns ermutigt. Die Behauptung läßt sich wagen, daß das Ansehen der Justiz heute so groß ist wie nie zuvor.

Die Rechtsgeschichte der Bundesrepublik ist bisher frei geblieben von Erscheinungen, die das Ansehen der Justiz in anderen Epochen in unserer Geschichte beeinträchtigt haben. Die Justizgeschichte etwa der Weimarer Republik war über weite Strecken hindurch geprägt durch eine Erscheinung, die ein Schlagwort der Zeit als die "Vertrauenskrise der Justiz" bezeichnete. Vom Versagen der Justiz, von Parteilichkeit der Richter gerade aus politischen Gründen war die Rede und diese Kritik war in manchen Dingen



leider nur zu berechtigt. Auch die Epoche von 1933 bis 1945 ist dem Ansehen der deutschen Justiz und der deutschen Richter nicht gerade zuträglich gewesen.

Sicher hat all dies noch lange nach 1945 negativ auf die Einschätzung der Justiz eingewirkt. Doch es scheint, als spielte diese Vergangenheit heute keine entscheidende Rolle mehr. Der stete Vertrauenszuwachs weist aus, daß die Justiz ihre Rolle im demokratischen und sozialen Rechtsstaat unseres Grundgesetzes spielt und daß sie dabei in wachsendem Umfang von der Bevölkerung angenommen wird. Immerhin ist interessant, daß die Steigerung des Vertrauens in die Justiz, in Richter und Staatsanwälte, gerade in einer Zeit groß war, in denen auch die rechtsprechende Gewalt in besonderer Weise gefordert war. Ich denke an die Rolle des Bundesverfassungsgerichts in den letzten Jahren, ich denke aber auch an die Anforderungen, die im Gefolge des Terrorismus auf die Strafjustiz zugekommen sind.

Ich erinnere aber auch an die Aufgaben, die sich bei der Umsetzung der vielfachen rechtspolitischen Reformen der vergangenen Jahre unseren Gerichten gestellt haben.

Ich meine also: Die Zahlen können uns im ganzen zuversichtlich stimmen. Sehr viel bessere Ergebnisse zu erwarten, wäre vermessen. Die Justiz ist nun einmal ein Instrument, das über innerhalb einer Gesellschaft entstandene Konflikte nach dem Maßstab von Recht und Gesetz entscheidet und der einmal gefällten Entscheidung notfalls mit Zwang Geltung zu verschaffen hat. Der im Prozeß Unterlegene, der im Strafverfahren Verurteilte wird gemeinhin nicht immer zu der Formel greifen: Mir geschah Recht. Überdies ist eine skeptische, kritische Einstellung gegenüber aller staatlichen Gewalt durchaus eine Zierde des Demokraten. Da auch die Justiz staatliche Gewalt übt - und zum Teil fühlbarer als andere -, ist auch ihr gegenüber eine kritische Distanz keineswegs von vornherein fehl am Platze. So gesehen muß es uns einerseits nachdenklich stimmen, daß in der Altersgruppe der 16 bis 29 Jahre alten Bundesbürger nur 34 Prozent volles Vertrauen in die Justiz haben - 27 Prozent entschieden sich für "kein volles Vertrauen" während 32 Prozent einen "Teils-teils"-Standpunkt einnehmen. Andererseits aber sollte uns diese justizkritische Einstellung gerade der jüngeren Generation nicht schrecken. Die Justiz darf der Kritik gerade junger Mitbürger nicht enthoben sein. Nur aus kritischer Auseinandersetzung wächst Einsicht und nur aus Einsicht wächst Vertrauen.

(-/2.8.1979/ks/ca)

+ + +



"Der wichtigste Absatz übersehen"-----
Ein Wort an die Kritiker des Alternativszenarios

Von Dr. Erhard Eppler MdL

Vorsitzender der baden-württembergischen SPD- und Landtagsfraktion
SPD-Präsidiumsmitglied

Das von mir vorgelegte Energieszenarium für die nächsten 20 Jahre hat erfreulicherweise eine breite Diskussion ausgelöst. Sie reicht, wie nicht anders zu erwarten, von uneingeschränkter Zustimmung bis zu polemischer Ablehnung.

Einiges an Kritik beruht auf Mißverständnissen. Dies gilt vor allem für den Streit, ob bei einem gut wärmegeprägten Haus 30 Prozent oder 75 Prozent Öl eingespart werden können. Obwohl sich meine Zahlen - wie im folgenden dargestellt - sehr wohl begründen lassen, kommt es darauf nicht an. Die Zuwachsraten des Stromverbrauchs, mit denen dieses Szenario arbeitet, hängen keinesfalls, wie im Szenario ausdrücklich ausgeführt, davon ab, daß alle Einsparpotentiale genutzt werden. Würden wirklich bei elektrischen Geräten durch energiesparende Konstruktion 50 Prozent oder gar 70 Prozent eingespart, so gäbe es bald keine Zuwachsraten des Stromverbrauchs mehr, sondern eine deutliche Abnahme. Die Zuwachsraten des Szenarios sind vorsichtig-degressiv und führen damit eine Linie fort, die, nimmt man den Durchschnitt von Jahren guter und schlechter Konjunktur, in den Siebzigerjahren schon sichtbar wurde. Offenbar wurde der wichtigste Absatz des Szenarios (Seite 4) übersehen:

"Es erscheint also weder sicher noch notwendig, daß wir im Jahr 2.000 580 TWh an Strom verbrauchen müssen. Trotzdem wird hier davon ausgegangen, daß die vorgeschlagene Politik nur teilweise durchgesetzt wird, um nachzuweisen, daß auch dann ein Neubau von Atomkraftwerken entbehrlich ist. Die hier vorgeschlagene Politik würde darüber hinaus erlauben, die Nutzung von Atomenergie abzubauen. Sie würde die Umwelt besser schützen, mehr Beschäftigung und mehr Exportchancen für die deutsche Industrie schaffen als die herkömmliche Energiepolitik."

Sollte also jemand - und dies war der wichtigste Punkt der Kritik - Einsparpotentiale niedriger einschätzen als ich, so tangiert dies nicht das Szenario, sondern allenfalls Einsparungen, die weit über die im Szenario einkalkulierten hinausgehen.

Es muß auch der in der Stellungnahme der Elektrizitätsversorgungsunternehmen vorgetragene Meinung entgegengetreten werden, daß Uran deshalb zu Ölsubstitution herangezogen werden müsse, weil es nur zur Stromerzeugung geeignet sei. Bei dieser Argumentation wird vor allem übersehen, daß bei einer derartigen Ölsubstitution der Primärenergieverbrauch bei gleicher Endenergieerzeugung erheblich aufgebläht würde. Daran würde auch ein Gesamtwirkungsgrad bei der Stromerzeugung in Kernkraftwerken von etwa 30 Prozent (im Gegensatz zu den 26 Prozent in meinem Papier) nichts ändern.

Das Argument, in meinem Szenario werde der Einsatz von schwerem Heizöl für die Stromgewinnung nicht eingeschränkt. Im Szenario heißt es dazu:

"Da auch im Jahre 2.000 circa 50 Millionen Tonnen SKE schweres Heizöl im Raffinerieprozeß anfallen werden, kann man davon ausgehen, daß etwa die gleiche Menge an schwerem Heizöl wie zum heutigen Zeitpunkt verstromt werden kann. Da Heizölkraftwerke vorwiegend zur Spitzenlastabdeckung herangezogen werden sollen, wird die ohnehin geringe Benutzungsstundenzahl im Jahre 2.000 leicht sinken."

Sollte künftig im Raffinerieprozeß wirklich - wider Erwarten - weniger schweres Heizöl anfallen, so wäre dies erfreulich. Dann ließe sich der Anteil des Öls an der Stromgewinnung



nung von heute circa neun Prozent noch weiter senken, als es im Szenario vorgesehen ist. Es wäre kein Problem, solche geringen Kapazitäten durch Kohle zu ersetzen...

In meinem Papier wird für das Jahr 2.000 ein Stromverbrauch von 580 TWh in der Bundesrepublik angenommen. Es ist klar zum Ausdruck gebracht, daß diese Zahl einer politischen Zielvorstellung entspricht und nicht einer Prognose, die aufgrund der traditionellen abgeleiteten Trendrechnung mit Hilfe der Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts bestimmt ist. Die genannten 580 TWh sind etwa in der Mitte der von Volker Hauff genannten Bandbreiten 500 bis 700 TWh angesiedelt.

Ich halte den Umkehrschluß, daß verminderte Zuwachsraten beim Stromverbrauch gleichzeitig verminderte Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts bedeuten, für unzulässig. In der bisherigen Entwicklung ist zwar beobachtet worden, daß eine Einheit mehr an Bruttosozialprodukt etwa 1,5 Einheiten mehr an Strom bedeuten, gegenüber den möglichen und durchsetzbaren Einsparpotentialen besagt diese scheinbar automatische Kopplung jedoch nichts. Es ist in der neueren energiewirtschaftlichen Literatur hinreichend dargestellt, daß weder ein naturgesetzlicher Zusammenhang zwischen dem Primärenergieverbrauch und dem Bruttosozialprodukt noch zwischen dem Stromverbrauch und dem Bruttosozialprodukt besteht.

Wer erst bestimmte Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts zum Ziel erhebt und dann nur fragt, wie sie aufgrund bestimmter Kopplungsverhältnisse zu erreichen sind, verzichtet auf jede Weichenstellung im Bereich der Technologie. Nur wenn erst über technische Weichenstellungen entschieden wird (Beispiel Energiepolitik), kann Richtung und Qualität des Wachstums bestimmt werden.

Der Tatbestand, daß nach der ersten Ölkrise die westlichen Länder schlicht höhere Wachstumsraten zum Ziel erhoben und zwar ohne den Versuch, ein Wachstum mit weniger Energieverbrauch anzusteuern, hat den Ölproduzenten und den Ölkonzernen die Möglichkeit verschafft, die nächste Ölkrise zu programmieren, die wiederum die inzwischen erreichten Wachstumsraten abwürgt.

Die Methode, aus der ersten Krise herauszukommen, führte daher schnurstracks in die nächste. Daher dürfte der Versuch, einfach bestimmte Wachstumsraten ohne inhaltliche Zielvorgaben zu erreichen, künftig nicht nur fragwürdig, sondern auch undurchsetzbar sein.

Daß es unzulässig ist, Zuwachsraten des Energie- oder Stromverbrauchs mit dem Thema "Arbeitsplätze zu koppeln, dürfte inzwischen für jeden klar sein, der die Bände IV und V der Reihe "Argumente in der Energiediskussion" des BMFT (Bundesministeriums für Forschung und Technologie) gelesen hat. Daß eine Politik konsequenter Energieeinsparung zusätzliche Arbeitsplätze schafft, ist auch in der Diskussion um das Szenario nicht bestritten worden. Streiten kann man über die Zahl zusätzlicher Arbeitsplätze.

Ähnlich liegt es beim Thema Überkapazität unserer Kraftwerke. Daß es solche Überkapazitäten gibt, bestreitet nicht einmal die VDEW. Strittig ist, ob die Überkapazitäten näher bei 6.000 MW oder näher bei 20.000 MW liegen.

Der Vorwurf, bei einer Gegenüberstellung von gesamter Kraftwerkskapazität und gesamter Stromerzeugung würde Unvergleichbares verglichen, ist doppelt ungerechtfertigt.

Zum einen wird in den offiziellen Mitteilungen der VDEW genauso verfahren. Auch hier wird die jährliche Benutzungstundenzahl für den gesamten deutschen Kraftwerkspark genannt. Zum anderen ist die angebliche Strukturverschiebung innerhalb des Kraftwerksparks seit 1970 zum großen Teil auf eine neue Definition zurückzuführen. Wenn seit 1970 ein Überangebot in der Mittellast und ein Minderangebot in der Grundlast entstanden ist, dann liegt dies überwiegend daran, daß vorher ein Teil der Gas- und Steinkoh-



le Kraftwerke in der Grundlast arbeiteten, die dann, nach Auftauchen der Atomkraftwerke, einfach zur Mittellast deklariert wurden. Als typische Grundlastläufer gelten jetzt nur noch Wasser-, Braunkohle- und Atomkraftwerke.

Die Struktur des deutschen Kraftwerksparks hat sich seit 1970 nur unwesentlich verändert, lediglich die Einschätzung der Kraftwerke ist anders geworden. Da aber auch Mittellastkraftwerke in den Grundlastbereich eingesetzt werden können, ist es weiterhin zulässig, bis auf wenige Spitzenlastkraftwerke den gesamten Kraftwerkspark der Stromerzeugung gegenüberzustellen. Daher ist es auch möglich, daß Energieversorgungsunternehmen, statt neue Kapazitäten zu schaffen, erst einmal die vorhandenen wenigstens in der Weise ausnutzen, wie sie vor zehn Jahren genutzt wurden.

Der von Graf Lambsdorff und verschiedenen CDU-Politikern vorgebrachte Vorwurf, das Papier berücksichtige nicht die Länder der Dritten Welt, ist nirgendwo begründet worden. Dahinter steht wohl die Vorstellung, wir müßten den Entwicklungsländern helfen, indem wir

1. Atomkraftwerke dorthin liefern,
2. durch Öleinsparung den Ölpreis in Grenzen halten.

Dazu ist zu sagen:

1. Atomkraftwerke sind für arme Länder besonders ungeeignet, weil diese
 - a) nicht die technische Erfahrung haben, um solche Anlagen auf Dauer einigermaßen störungsfrei zu unterhalten,
 - b) nicht die politische Stabilität haben, die nötig wäre, um Mißbrauch einigermaßen auszuschließen,
 - c) oft nicht das Verteilungsnetz haben, um große zentrale Anlagen im ganzen Lande wirksam werden zu lassen.
2. Daß wir in den Industrieländern Öl sparen müssen, wenn der Ölpreis für die armen Länder erschwinglich bleiben soll, habe ich seit vielen Jahren verlangt. Die sehr weitgehenden Vorschläge zur Öleinsparung in meinem Szenario sind auch unter diesem Aspekt gemacht worden.

Entwicklungsländer werden neben Kohle, Öl und Gas immer stärker auf Sonnenenergie zurückgreifen müssen. Dabei werden dezentral verwendbare Anlagen zur Umwandlung von Sonnenenergie in elektrischen Strom eine große Rolle spielen. In wenigen Jahren wird es zum Beispiel möglich sein, Wasserpumpen ohne Verteilungsnetz mit Solarzellen zu betreiben. Hier liegen übrigens Exportchancen für unsere Industrie.

Die entscheidenden Thesen des Szenarios sind unumstritten geblieben:

1. Es gibt beträchtliche ungenutzte Spielräume für die bessere Nutzung (Einsparung) von Öl und Strom.
2. Es ist billiger, wirksamer, umweltfreundlicher, auch politisch leichter und rascher durchsetzbar, Öl einzusparen als es durch Atomstrom zu ersetzen.
3. Zuwachsraten im Stromverbrauch sind keine Naturgesetze. Sie haben abgenommen und können weiter abnehmen. Sie hängen von unseren Entscheidungen ab, etwa davon, ob wir Strom zunehmend für Heizung verwenden oder nicht.
4. Wieviel wir an neuen Kraftwerken brauchen, hängt von unseren politischen Entscheidungen und von unserem persönlichen Verhalten ab.

In den letzten zwei Jahren hat es keine neue Baugenehmigung für ein Atomkraftwerk gegeben. Dies hängt auch damit zusammen, daß die Energieversorgungsunternehmen ihre Überkapazitäten nicht weiter vergrößern wollten. Der Markt hat ein Moratorium erzwungen, daß ursprünglich als gefährlich und unverantwortbar abgelehnt wurde.

Für absehbare Zeit ist es, wenn wir wollen, möglich, unsere ganze Kraft auf bessere Energienutzung zu konzentrieren und möglichen Zusatzbedarf an elektrischem Strom durch Kohlekraftwerke zu decken.

(-/2.8.1979/v0-he/ca)

